# Konzentration, Selbstverständnis und innere Demokratie

*Nachrichtenmedien und ihr Beitrag zur Demokratie im internationalen Vergleich*

André Donk / Frank Marcinkowski / Josef Trappel

*International vergleichende Studien, die Mediensysteme anhand ihres Beitrags zum Funktionieren von Demokratie untersuchen, sind selten. Etabliert haben sich komparatistische Mediensystemforschungslinien, die z. B. nach dem Grad der Medienfreiheit in einem politischen System oder den Professionskulturen der journalistischen Akteure fragen. Der hier vorgestellte Ansatz untersucht dagegen die empirischen Leistungen der Medien für die demokratische Freiheit in Gesellschaften mit Hilfe einer Reihe von demokratietheoretisch abgeleiteten Indikatoren. Diese betreffen sowohl die gesamtgesellschaftlichen Medienstrukturen, als auch die konkreten Leistungen einzelner Medienorganisationen. Die empirische Basis bilden Erhebungen aus neun europäischen Ländern und Australien, wobei insbesondere das relative Abschneiden Deutschlands im Vergleich mit den anderen Ländern dargestellt und erläutert wird. Für jedes Land wurden sekundäranalytische Auswertungen von Daten zu den zentralen Parametern der Medienstruktur vorgenommen sowie teilstandardisierte Interviews mit leitenden Journalistinnen und Journalisten in den führenden Nachrichtenmedien (Presse, Hörfunk, Fernsehen, Online) durchgeführt.*

**Schlagwörter:** Mediensystem, Medienstrukturen, Medienfunktion, komparative Forschung, Demokratietheorie, Demokratieförderung, Berufsverständnis, Nachrichtenproduktion, Medienkonzentration

## 1. Einleitung & Problemstellung

In der Mediensystemforschung existiert eine Reihe von international vergleichenden Kategorisierungen und Typologien. Die frühe Einschätzung von Siebert, Peterson und Schramm in ihrem Standardwerk *Four Theories of the Press* (1956: 1), wonach das politische System eines Staates der maßgebliche Faktor für die Ausgestaltung des entsprechenden Mediensystems ist, liegt auch aktueller komparativer Mediensystemforschung (vgl. Thomaß 2007: 17; aber auch Hallin/Mancini 2004) zugrunde. Die basale Annahme dieser Forschungstradition besteht darin, dass die Medien das System politischer Macht und Kontrolle reflektieren. Daneben haben sich komparatistische Mediensystemforschungslinien etabliert, die nach dem Grad der Medienfreiheit in einem politischen System (z. B. Freedom House), nach den Professionskulturen der journalistischen Akteure (vgl. Hanitzsch/Seethaler 2009) oder nach der politischen Informationsnutzung der Bevölkerung (vgl. Tenscher 2008) fragen.

International vergleichende Studien, die Mediensysteme anhand ihres Beitrags zum Funktionieren von Demokratie untersuchen, stellen ein Forschungsdesiderat dar. Dabei ist diese Frage insofern hochgradig relevant, als in einer vergleichenden Studie nachgewiesen werden konnte, dass die Ausgestaltung der jeweiligen Mediensysteme maßgeblichen Einfluss auf die politische Informiertheit der Bürger hat (vgl. Curran et al. 2009). Eine Ausnahme bildet der Band *Democracy and the Media* (vgl. Gunther/Mughan 2000), der international vergleichend, allerdings auf divergenten Analyseebenen und mit un-



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

terschiedlichen empirischen Zugängen, die Frage nach Medieneinflüssen auf die Demokratie stellt.

Das hier vorgestellte Forschungsvorhaben schließt an politikwissenschaftliche Überlegungen zur Entwicklung eines Indikatorensystems zur Bestimmung des Demokratiegehaltes etablierter Demokratien an, das *Demokratiebarometer* (vgl. Bühlmann/Merkel/Müller/Giebler/Wessels 2012). Dabei beziehen wir uns auf zwei zentrale theoretische Annahmen des Demokratiebarometers, die für die Messung der demokratischen Performanz von Mediensystemen nutzbar gemacht wurden (s. Abschnitt 3): Es handelt sich um (1) die Entwicklung eines zwischen minimalistischen und maximal partizipativen Konzepten angesiedelten Demokratiemodells sowie (2) den daraus abgeleiteten Demokratieprinzipien von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle. Im Demokratiebarometer wird dem Prinzip der Freiheit als ein Feature die Funktion der Herstellung von Öffentlichkeit zugeordnet. Diese Funktion wird dort vor allem als Garantie von Versammlungs- und Meinungsfreiheit konzeptualisiert. Daran anknüpfend wird hier ein weitaus umfassenderes Indikatorensystem entwickelt, das die demokratische Qualität von Mediensystemen hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit zur Bereitstellung von Informationen, Artikulation von Meinungen und kritischen Beobachtung des politischen Systems untersucht.

Zwar existiert in der vergleichenden Mediensystemforschung eine Vielzahl von Medien-Monitoren, die aber streng genommen gar nicht die Medien beobachten, sondern die Leistungen des Staates für die Freiheit der Medien (vgl. Becker/Vlad 2011). Mit dem hier vorgeschlagenen Instrument kehren wir diese Perspektive um und fokussieren auf den Beitrag der Medien für Freiheit, Gleichheit und Machtkontrolle in entwickelten demokratischen Systemen. Es geht um die Frage, wie die Medien in demokratischen Ländern die ihnen gewährten Privilegien nutzen, um der Demokratie zu „dienen". Im Einzelnen fragen wir:

*FF1: Inwiefern ähneln und unterscheiden sich Medien in verschiedenen Ländern hinsichtlich ihrer demokratiefördernden Leistungen?*

*FF2: Auf welche Gründe lassen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten zurückführen?*

Die Bearbeitung dieser Fragen stützt sich auf eine international vergleichende Analyse der demokratischen Performanz von zehn Mediensystemen in neun europäischen Demokratien und Australien. Das in allen Ländern von den jeweiligen Forscherteams einheitlich angewendete Forschungsdesign umfasst 26 Medienperformanzindikatoren. Die Indikatoren werden sekundäranalytisch durch vorliegende Medienstrukturdaten und auf der Basis von Experteninterviews u. a. in den Chefredaktionen der in einem Land führenden Nachrichtenmedien empirisch unterlegt. Das Instrument ist in der internationalen Literatur unter der Bezeichnung *Media for Democracy Monitor* (MDM) bekannt geworden (vgl. Trappel/Meier 2011; Trappel/Nieminen/Nord 2011). Im Fokus dieses Beitrags stehen die unter komparatistischer Perspektive sichtbaren Leistungen des deutschen Mediensystems. Ziel ist eine Performanz- und keine Wirkungsmessung, d. h. die vorliegende Untersuchung überprüft, in welchem Maße demokratietheoretisch notwendige Medienfunktionen erfüllt werden, und nicht, ob dies tatsächlich die demokratische Performanz politischer Systeme verbessert. Letzteres, so argumentieren wir, lässt sich plausiblerweise annehmen, müsste aber in einem nächsten Schritt empirisch getestet werden.

Im Folgenden werden der Forschungsstand zum Verhältnis von Medien und Demokratie ausgewertet sowie bestehende Monitoring-Projekte vorgestellt. Anschließend wird anhand von sechs Indikatoren a) zum Selbstverständnis der Journalisten, b) zur



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Pressekonzentration sowie c) zu den Routinen der Nachrichtenproduktion der Beitrag der Medien zur Demokratie veranschaulicht.

## 2. Forschungsstand

Innerhalb der vergleichenden Erforschung des Zusammenhangs von Mediensystem und politischem System gibt es unterschiedliche Traditionen. Während eine sehr prominente Forschungslinie nach der Ko-Evolution der beiden Funktionsbereiche fragt und in der Regel von einer Ausrichtung des medialen am politischen System ausgeht, gibt es weitere Typologisierungen anhand unterschiedlichster Einzelmerkmale (Informationsnutzung, Journalismuskultur etc.) und schließlich Monitoring-Instrumente, die Mediensysteme nach dem Grad an Medienfreiheit klassifizieren. Wir wollen diese Ansätze zunächst kurz vorstellen, um dann die Unterschiede zu unserem Konzept zu verdeutlichen.

Eine chronologische Darstellung der vergleichenden Mediensystemforschung beginnt bei einem der Klassiker der Kommunikationswissenschaft, dem Buch *Four Theories of the Press* von Siebert, Peterson und Schramm (1956). Die Autoren argumentieren, dass das politische System eines Staates der maßgebliche Faktor für die Ausgestaltung des entsprechenden Mediensystems ist. Diese Einschätzung liegt noch heute der komparativen Mediensystemforschung (vgl. Thomaß 2007: 17) zugrunde.

In dieser Tradition, allerdings auf breiter empirischer Basis, steht das Modell der drei Mediensysteme von Hallin und Mancini (2004). Sie schlagen vier Dimensionen vor, die den Vergleich von Mediensystemen leisten sollen: (1) die Struktur der Medienmärkte (Entwicklung der tagesaktuellen Massenpresse: Zeitung und Fernsehen); (2) der Grad und die Entwicklung der politischen Parallelität (Verbindungen von politischem und Mediensystem; die Widerspiegelung der politischen Fraktionen der Gesellschaft im Mediensystem); (3) die journalistische Professionalisierung; (4) der Grad und die Art staatlicher Interventionen in das Mediensystem (ebd.: 21, 296). Mithilfe dieser Dimensionen haben die Autoren drei empirische Prototypen von Mediensystemen beobachtet. Das *polarisiert-pluralistische Modell*, das *demokratisch-korporatistische Modell* sowie das *liberale Modell* (ebd.: 73-76, 299).

Tenscher (2008) entwickelt diese dreistellige Typologie weiter, indem er sie um den Typus des *transformatorischen* bzw. *osteuropäischen* Modells ergänzt (ebd.: 417-418). In seiner Analyse der politischen Informationsnutzung in den Ländern der EU löst sich Tenscher allerdings von der globalen Typologie und entwickelt stattdessen eine nur auf die Variable „politische Informationsnutzung" bezogene Kategorisierung in (1) informationsaffine Länder, (2) TV zentrierte Länder, (3) informationsvermeidende Länder und (4) Durchschnittsländer (ebd.: 437).

Eine Alternative der Modellerweiterung stellt die Matrix von Ostini und Fung (2002) dar, die nicht die Einteilung in Cluster oder Typen vorsieht, sondern lediglich Extrempole der Ausgestaltung des politischen Systems (Strukturebene) und der journalistischen Werte (Individualebene) zueinander in Beziehung setzt. Innerhalb dieser Matrix können dann vier Felder besetzt werden, innerhalb derer alle globalen Mediensysteme zu verorten sind (ebd.: 42, 46).

Bei der Mehrzahl dieser Studien geht es also – abstrakt gesprochen – um den Einfluss der Herrschaftsform auf die Ausgestaltung des Mediensystems. Die jeweilige Herrschaftsform gewährt den Medien spezifische Freiheitsgrade, unter denen diese dann operieren müssen. Zur Untersuchung der den Medien gewährten Freiheiten haben sich zum einen zivilgesellschaftliche Akteure herausgebildet, die Verletzungen der Presse-, Informations- und Meinungsfreiheit beobachten und öffentlich machen. Derartige Initiativen konzentrieren sich auf die konkreten Arbeitsbedingungen und Bedrohungen



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

von Journalistinnen und Journalisten. Sie beobachten alle Vorkommnisse, die die Pressefreiheit negativ beeinflussen könnten, wie z. B. Zensur oder die Verhaftung und Bedrohung von Reportern (z. B. *Reporter ohne Grenzen*; *International Press Institute*). Zum anderen existieren mittlerweile zahlreiche wissenschaftliche Beobachtungsinstrumente für die Freiheitsgrade der Medien – von Robert Dahls *Polyarchie-Index* (vgl. 1972) bis zum Indikatorenkatalog von *Freedom House*[1]. Sie nehmen an, dass Medien in formelle wie informelle Strukturen eingebettet sind, die mehr oder weniger freies journalistisches Handeln gewährleisten (z. B. *Freedom House*). Gemeinsam ist beiden Formen von Initiativen die Annahme, dass ein Mehr an Freiheit für die Medien mit einem Mehr an Leistungen für die Demokratie korreliert. In einer Analyse bestehender Monitoring-Instrumente kommen Becker, Vlad und Nusser (vgl. 2007; sowie Becker/Vlad 2011) allerdings zu dem Ergebnis, dass es diesen Initiativen und Projekten an einer einheitlichen theoretischen wie methodischen Grundlage mangelt. Zudem ist bei einigen Initiativen unklar, ob die Datenerhebung valide und reliabel erfolgt, ob die Daten für jedes Land auf der gleichen Grundlage erhoben werden und welches Demokratiemodell den abgefragten Kategorien zugrunde liegt.

Bei der Sichtung bestehender Forschungen zeigt sich, dass die Wahl der Beobachtungsperspektive – mithin der unterscheidenden Variable – jeweils andere Gruppen von Mediensystemen zur Folge hat. Man kann also eine gewisse Arbitrarität oder Pfadabhängigkeit in der Mediensystemforschung feststellen, so dass sich aus den bis dato geleisteten Studien nicht logisch ableiten lässt, wie in den einzelnen Mediensystemen die Freiheiten genutzt werden und in welchem Maße die Medien zum Ausbau und zur Entwicklung von Demokratie beitragen. Die Wichtigkeit von Medien als demokratische Institutionen und für demokratische Institutionen wird oftmals implizit vorausgesetzt aber wenig explizit erforscht (vgl. Voltmer 1999: 14). Deshalb fragt der *Media for Democracy Monitor* (MDM) nach der demokratischen Performanz der Medien in unterschiedlichen Systemen. Er kehrt somit die Fragerichtung des klassischen Parallelismusansatzes wie der etablierten Medienmonitore um und favorisiert seinerseits eine fallweise Gruppierung von Ländern anstatt starrer Typen. Welche Idee von Demokratie der MDM dabei voraussetzt und wie dieses konkret operationalisiert werden kann, wird im Folgenden erläutert.

### 3. Anlage des „Media for Democracy Monitor" (MDM)

Das im Forschungsprojekt entwickelte Verständnis von Demokratie ist von dem oben erwähnten Demokratie-Barometer der Universität Zürich und des Wissenschaftszentrums Berlin inspiriert (Bühlmann et al. 2012)[2] und ist zwischen Minimalkonzepten einer puren Wettbewerbsdemokratie und den Maximalanforderungen deliberativer Ansätze zu verorten. Ein solches Herrschaftsmodell räumt den Bürgerinnen und Bürgern maximale Freiheitsgrade ein, setzt mit dem gleichen Recht auf Selbstbestimmung und Selbstentfaltung Respekt vor dem Anderen voraus und verlangt von allen kollektiv verbindlichen Entscheidungen sowohl die gleichberechtigte Teilhabe aller als auch die Kontrolle durch Öffentlichkeit und andere politische Institutionen im Staatsgefüge (vgl. Abromeit 2004; Patzelt 2001). Das bedingt die freie und gesellschaftsweite Verfügbarkeit und Ver-

1 Etwa einsehbar im neuesten Report 2012 unter www.freedomhouse.org/sites/default/files/FOTP%20Methodology%202012.pdf [23.08.2012].

2 Beide Projekte, der „MDM" und das „Demokratiebarometer", sind oder waren Forschungsvorhaben am „National Competence Centre in Research – Challenges to Democracy in the 21st Century" an der Universität Zürich.



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

mittlung von entscheidungsrelevantem Wissen (vgl. Maier 2009). Diese Aufgabe wird idealtypisch durch die Massenmedien erfüllt. Sie erbringen ihren Beitrag zum Funktionieren demokratischer Systeme im Kern über drei Grundfunktionen: Sie garantieren erstens den freien Informationsfluss, sie schaffen zweitens ein öffentliches Forum zur Artikulation von Interessen und Meinungen, sie agieren drittens als Kontrolleure politischer und gesellschaftlicher Macht (vgl. Strömbäck 2005: 322).

- *Freiheit (Freedom)* – Garantie eines freien Flusses relevanter und nützlicher Informationen (im MDM die Indikatoren mit der Bezeichnung F): Mit einem Satz an Indikatoren, die der Freiheitsdimension zuzuordnen sind, soll herausgestellt werden, ob und inwieweit Massenmedien die ihnen zugedachten Freiheitsrechte zum Wohle und zum Vorteil der Demokratie nutzen. Untersuchungsobjekt sind folglich nicht der Staat und der rechtlich-administrative Rahmen der Presse, sondern die Massenmedien, ihre Organisationen sowie ihre journalistischen Werte und ihr journalistisches Handeln. Aus der Dimension der Freiheit kann die Informationsfunktion abgeleitet werden: Medien können auf Grund ihrer spezifischen organisatorischen Verfasstheit und Arbeitsweise die Selbstbeobachtung der Gesellschaft leisten (vgl. Voltmer 1999: 13).
- *Gleichheit (Equality)* – Institutionalisierung eines offenen Forums für Interessen und Meinungen (Indikatoren E): Dem Bereich der Gleichheit kann die Forumsfunktion der Medien zugeschrieben werden. Medien sammeln und distribuieren nicht nur Informationen an möglichst alle Teilnehmer des politischen Prozesses, sie tragen auch zur Meinungsbildung bei und stellen ein Forum für die gesamte Bandbreite politischer Meinungen zur Verfügung. Sie bieten darüber hinaus allen politischen Akteuren Möglichkeiten der Adressierung relevanter Öffentlichkeiten (vgl. Voltmer 2000: 3).[3]
- *Kontrolle (Control)* – Kontrolle von gesellschaftlicher Macht (Indikatoren C): Um Freiheit und Gleichheit zu gewährleisten, ist die beständige Kontrolle derjenigen erforderlich, die Macht in einer Gesellschaft ausüben. Sie trägt dazu bei, Normverletzungen und Einschränkungen der Freiheits- und Gleichheitsrechte durch Staat und Politik zu verhindern. Sie bezieht sich aber auch auf jene Institutionen, die ihre Interessen mit ökonomischer und sozialer Macht durchzusetzen versuchen.

Um die funktionalen Leistungen führender Nachrichtenmedien empirisch zu vermessen, wurde in einem zweiten Operationalisierungsschritt jeder Grundfunktion eine Reihe von Indikatoren zugeordnet. Diese betreffen einerseits die gesamtgesellschaftlichen Medienstrukturen, andererseits die konkreten Leistungen einzelner Medienorganisationen. Diese Indikatoren bilden das Kernstück des MDM. Sie sind das Ergebnis eines iterativen Prozesses, in dem die beteiligten Forscherinnen und Forscher zunächst abgeleitet aus der Literatur und dann im Dialog miteinander unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten Indikatoren in zwei Projektreffen ausführlich diskutiert, reformuliert und spezifiziert haben. Die Selektionsfrage war dabei stets, ob und in welchem Grad der

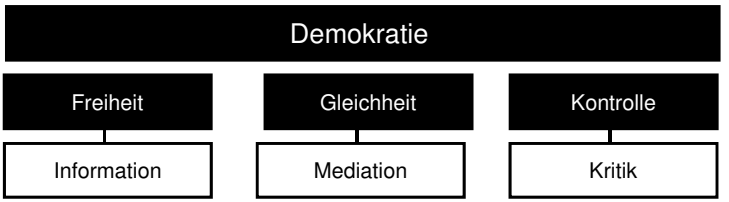
3 In demokratietheoretischer Hinsicht stehen die Zielwerte von Freiheit und Gleichheit in einem gewissen Spannungsverhältnis und können nach herrschender Auffassung nicht gleichzeitig optimiert werden. Man könnte auf unseren Fall bezogen argumentieren, dass die Freiheit der Berichterstattung dann analog in Widerspruch zur erwünschten Artikulation eines möglichst umfassenden Meinungsspektrums steht. Dagegen wenden wir ein, dass ein solch scharfer Gegensatz nur im reinen Wettbewerbsmodell von Demokratie zum Tragen kommt. Unser Ansatz hingegen setzt zum einen auf die Norm der Berücksichtigung von Minderheiten, ihren Interessen und Artikulations-/Partizipationsmöglichkeiten. Zum anderen gehen wir davon aus, dass journalistische Professionsnormen prinzipiell ausgewogene und inklusive Berichterstattung avisieren.



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

jeweilige Indikator Auskunft gegen kann über die Leistungen der Nachrichtenmedien in der jeweiligen Dimension F (Freiheit), E (Gleichheit) oder C (Kontrolle). Die Indikatoren sind wie in Abb. 1 dargestellt bestimmt.

*Abb. 1: Analytisches Modell; eigene Darstellung*




| | Information | Mediation | Kritik |
|---|---|---|---|
| **Strukturelle Bedingungen** | F 1: Zugang zu Nachrichtenmedien<br>F 2: Mediennutzung<br>F 3: Vielfalt der Nachrichtenquellen | E 1: Medienkonzentration (national)<br>E 2: Medienkonzentration (regional/ lokal)<br>E 3: Formatvielfalt<br>E 4: Minderheiten-/Alternativmedien<br>E 5: Kosten Medienkonsum<br>E 6: Medieninhaltsbeobachtung<br>E 7: Ethikkodex (nationale Ebene) | C 1: Kontrolle der Kontrolleure<br>C 2: Unabhängigkeit der Medien von Besitzern<br>C 3: Transparenz des Mediensystems<br>C 4: Professionalisierungsgrad im Journalismus<br>C 5: Arbeitsplatzsicherheit im Journalismus<br>C 6: Zugang zu Informationen |
| **Leistungs-kriterien** | F 4: Interne Regeln für Demokratie innerhalb der Redaktion<br>F 5: Interne Regeln gegen internen Einfluss auf die Redaktion<br>F 6: Interne Regeln gegen externen Einfluss auf die Redaktion<br>F 7: Nachrichtenproduktion | E 8: Niveau der Selbstregulierung<br>E 9: Teilhabe<br>E 10: Regeln und Routinen für internen Pluralismus | C 7: Misson Statement: Investigation<br>C 8: Ressourcen Investigation<br>C 9: Journalistentraining |

Zu jedem Indikator wurden detaillierte Messvorschriften festgelegt, die bestimmen, welche Datenquelle herangezogen bzw. welche Daten erhoben werden müssen. Zusätzlich wurden den Forscherteams Kriterien vorgeschrieben, die eine ordinale Klassifikation (die Anforderungen des Indikators werden vollumfänglich, teilweise, gar nicht erfüllt) der vorgefundenen Realität ermöglichen. Eine erste Pilotstudie wurde 2008 realisiert. Ziel war es, das analytische Modell auf seine Brauchbarkeit zu testen. Neben Deutschland nahmen als europäische Vergleichsländer an dieser ersten Studie die Schweiz, Niederlande, Litauen und Portugal teil (vgl. d'Haenens/Marcinkowski/Donk et al. 2009; Trappel/Meier 2011). Auf der Grundlage der Erfahrungen aus der Pilotphase wurde 2010 das Forschungsdesign angepasst und die Anzahl der untersuchten Länder erweitert. Die empirische Basis der hier vorgestellten Befunde bilden Erhebungen aus neun europäischen Ländern und Australien. Für jedes Land liegen sekundäranalytische Auswertungen von Daten zu den zentralen Parametern der Medienstruktur vor (für Deutschland z. B. sind die wichtigsten verwendeten Datenquellen: AGOF-Internet Facts, ALM-Jahrbuch, IVW-Auflagenstatistiken, Jahrbuch Fernsehen, KEK-Berichte, Media Perspektiven Basisdaten). Zusätzlich haben die Autorinnen und Autoren des MDM teilstandardisierte Interviews mit leitenden Journalistinnen und Journalisten in den führenden Nachrichtenmedien (Presse, Hörfunk, Fernsehen, Online) sowie den Journalistengewerkschaften durchgeführt (siehe Anhang für die Untersuchungsobjekte sowie das Instrument exemplarisch für Deutschland). Die Interviews mit Journalisten zu der in ihrem jeweiligen Medium möglichen demokratischen Performanz sowie zum journalistischen Handeln wurden durch Interviews mit Vertretern der Journalistenge-



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

werkschaften kritisch hinterfragt – so konnte sichergestellt werden, dass die tatsächliche Performanz in den Medien nicht als Reaktanzphänomen zu positiv dargestellt wurde. Die Sekundärdaten sowie Ergebnisse der Interviews wurden zur Auswertung und Interpretation den Messvorschriften der Indikatoren zugeordnet, so dass zunächst für jedes Land festgelegt werden konnte, in welchem Umfang die Anforderungen des Indikators erfüllt wurden. Anschließend wurden die Indikatoren in einem mehrstufigen wechselseitigen Diskussionsprozess validiert (eine abschließende kritische Einordung der Methodik wird im Fazit vorgenommen).

Die Daten der vorliegenden Studie stützen sich auf Interviews aus dem Jahr 2010 sowie Sekundärdaten aus dem Jahr 2008 und wurden in den folgenden Ländern erhoben: Australien, Deutschland, Großbritannien, Finnland, Litauen, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz (vgl. Trappel/Nieminen/Nord 2011). Bei der Auswahl der Länder wurde zum einen darauf geachtet, dass neben *mature democracies* auch junge Demokratien wie Portugal und Litauen vertreten sind. Zum anderen spiegelt sich hier der Versuch wider, die Vielfalt der europäischen Staaten angemessen abzubilden und typische Vertreter für einzelne Kategorien auszuwählen: Länder aus Nord-, Zentral-, Süd- und Osteuropa, kleine und große Staaten, Staaten mit homogener Sprachgemeinschaft sowie Staaten mit mehreren Amtssprachen. Australien diente dabei als außereuropäische Referenz und ermöglicht somit einen interessanten Vergleichspunkt zum angelsächsisch geprägten Raum.

## 4. Ergebnisse

Im Folgenden wird ein Ausschnitt aus dem umfangreichen Untersuchungsmaterial dargestellt. Die Indikatorenauswahl liefert Evidenzen für die demokratierelevanten Fragen, ob und in welchem Ausmaß die führenden Nachrichtenmedien selbst nach demokratischen Verfahren organisiert sind, welchen Grad die Medienkonzentration aufweist und welches Selbstverständnis Journalistinnen und Journalisten prägt. Diese drei Indikatoren sind zusammen geeignet, kursorisch – zwingend unvollständig – die demokratische Performanz der Nachrichtenmedien in den untersuchten Ländern *pars pro toto* abzubilden. Die Reduktion auf drei (von 26) Indikatoren ist dem Beitragsumfang eines Zeitschriftenartikels geschuldet.

Die Analyse zeigt, dass die Medien im Großen und Ganzen ihre demokratischen Funktionen erfüllen. Die Unterschiede stellen wir anhand der folgenden Indikatoren dar, deren Messkriterien in den einzelnen Abschnitten beschrieben sind (eine Übersicht findet sich zudem im Anhang):

- Wie demokratisch verläuft die Organisation der Nachrichtenproduktion in den führenden Medien? (F4 und F7)
- Welchen Grad weist die Medienkonzentration auf nationaler und regionaler Ebene auf? (E1 und E2)
- Welches professionelle Selbstverständnis prägt den Journalismus? (C4 und C7)

### *4.1 Organisation der Nachrichtenproduktion*

Journalistinnen und Journalisten arbeiten nicht als singuläre Individuen, sondern sie sind Teil einer Organisation (einer Redaktion), die nach bestimmten Regeln funktioniert. Solche redaktionellen Organisationsregeln sind keineswegs zwingend niedergeschrieben und kodifiziert. Vielfach – so jedenfalls ein Ergebnis dieser Untersuchung – bilden sich solche Regeln im Alltag heraus, was zunächst nichts an deren verbindlichem Charakter ändert. In anderen Fällen bestehen schriftlich niedergelegte Statuten, in denen die Rechte



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

und Pflichten der Journalistinnen und Journalisten festgelegt sind, etwa in Form von teils gesetzlich verpflichtend vorgeschriebenen Redaktionsstatuten. Doch die Praxis zeigt, dass selbst solche formal festgelegten Regeln nur dann Wirkungskraft entfalten, wenn sie auch tatsächlich von den Betroffenen akzeptiert, verstanden und beachtet werden. Dies ist keineswegs selbstverständlich.

Für die Forschungsfrage des MDM sind zwei spezifische Aspekte von besonderem Interesse: Nachrichtenredaktionen tragen dazu bei, Weltbilder durch Informationen, Bilder, Stimmungen und durch die Auswahl der Nachrichtenthemen zu formen. Daher sind aus Demokratieperspektive der Prozess der Nachrichtenerstellung, die Auswahl von Themen und Meldungen, die Formulierungen, die Platz- und Längenzuweisungen, die Verfügung über Mittel zur Recherche und Investigation zentrale Elemente. Die Annahme lautet, dass in Redaktionen mit einer lebhaften internen Debatte über diese Fragen der Demokratie besser gedient ist als in Redaktionen, in denen solche Entscheidungen von Einzelnen im Alleingang getroffen werden. Das Ausmaß der internen Debatte, die Möglichkeit einzelner Redakteurinnen und Redakteure, an der Debatte teilzunehmen, und nicht zuletzt die permanente Übung des demokratisch-deliberativen Argumentierens in der Redaktion wird als demokratieförderlich betrachtet – eingedenk der Tatsache, dass am Ende des Tages eine Ausgabe stehen muss. Wir nehmen jedoch mit Bezug auf o. g. demokratietheoretische Ideale an, dass gelebte Diskursivität in den Redaktionen auch der Vielfalt, Ausgewogenheit und Rationalität des Medieninhalts förderlich ist. Besonders förderlich ist die Verortung der täglichen journalistischen Praxis in gelebter Redaktionsdemokratie, deren Schattierungen von der ungehinderten Möglichkeit der Teilnahme am internen Diskurs über die Einrichtung von Redaktionsräten (mit konkreten Rechten und Pflichten) bis zur demokratischen Wahl von Redaktionsleitenden reichen. Wer in der Redaktion die demokratische Auseinandersetzung täglich übt, so die Annahme, ist besser in der Lage, demokratische Prozesse für andere transparent, nachvollziehbar und verständlich zu machen (vgl. Christians et al. 2009: 92, 96). Der MDM-Indikator F4 „Interne Regeln für Demokratie innerhalb der Redaktion" untersucht den Grad der tatsächlich praktizierten inneren Demokratie anhand von Rechten und Pflichten von Journalistinnen und Journalisten. Da ein Vorhandensein solcher Regeln noch wenig über die Praxis aussagt, wurden in persönlich geführten Leitfadengesprächen Fragen nach der tatsächlich gelebten internen Demokratie gestellt (siehe Anhang).

Der zweite Aspekt betrifft die Verarbeitung des Nachrichtenstoffes. MDM-Indikator F7 „Nachrichtenproduktion" stellt die Frage nach den Routinen in der Nachrichtenselektion und -aufbereitung. Wieder wird angenommen, dass eine vertiefte und regelmäßige interne Debatte über Nachrichtenwerte, deren Anwendung und Veränderung der Demokratie förderlich ist. Diese Debatte setzt bei der Einarbeitung neuer Journalistinnen und Journalisten ein und findet ihre Fortsetzung in der gemeinsamen Definition von in der Redaktion zulässigen und erwünschten, bzw. unzulässigen und unerwünschten Arten der Bearbeitung des Nachrichtenstoffs. Im Rahmen der empirischen Bearbeitung dieses Indikators wurden im Rahmen der Redaktionsinterviews Fragen nach den einzelnen Phasen gestellt, die eine Nachricht oder ein Beitrag vor der Veröffentlichung durchlaufen muss. Je mehr und je häufiger diskursiv über die Beiträge beraten wird, desto besser für die demokratische Performanz des betreffenden Nachrichtenmediums. Auch nach der Kultur des Feedbacks sowie der internen Debatte über Veränderungen der Routinen wurde in den Gesprächen mit den Redaktionsverantwortlichen gefragt.

Die Ergebnisse weisen eine hohe Varianz auf. Innerhalb des gewählten Ländersamples kennt eine Gruppe von Ländern nahezu keinerlei interne Demokratie, die redaktionellen Führungspositionen werden durch das Management besetzt, Mitsprache oder



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Mitentscheidung durch die Mitglieder der Redaktion gibt es nicht. Eine zweite Gruppe von Ländern kennt zwar Mitspracheregeln, die auch in Statuten festgehalten sind, praktisch zur Anwendung kommen sie aber selten bis gar nicht. Eine dritte Gruppe von Ländern kennt zwar keine schriftlich niedergelegten Mitspracheregeln, die innere Organisation der Redaktion ist aber so einflussreich, dass das Management aus freien Stücken keine Entscheidungen gegen den Willen der Redaktion trifft. Schließlich gibt es noch Länder, in denen schriftliche Mitentscheidungsregeln gelten, die auch regelmäßig zur Anwendung kommen.

Aus demokratisch-deliberativer Perspektive können die beiden letzten Verfahren als ebenbürtig betrachtet werden, räumen sie doch der internen Debatte den erwünschten Raum ein. Dennoch ist aus Gründen der Kontinuität und Nachhaltigkeit einem formalen (und auch gelebten) Modell der Mitentscheidung der Vorzug zu geben. Im Einzelnen kennen vor allem die untersuchten angelsächsischen Länder keine formale Mitsprache (Australien, Großbritannien), ebenso wenig die nordischen Länder Finnland, Schweden und Litauen sowie die Schweiz. Demgegenüber können in Österreich und in den Niederlanden die Redaktionsmitglieder der führenden Nachrichtenmedien bei Personalentscheidungen mitsprechen oder mitentscheiden – und machen von diesem Recht auch Gebrauch. In Portugal bestehen Regeln, die aber in der Praxis kaum zur Anwendung kommen. Deutschland ist insofern ein Spezialfall, als es keiner Gruppe eindeutig zugeordnet werden kann: Einerseits existieren in den Redaktionen institutionalisierte Formen der Debatte, die sich auf Statute zur inneren Pressefreiheit gründen und allen Journalisten eine gleichberechtigte Teilhabe an der Diskussion garantieren sollen. Andererseits herrschen gerade bei der Auswahl des Führungspersonals hierarchische Strukturen vor, hier stößt die demokratische Mitsprache und Mitbestimmung der Redaktionsmitglieder schnell an Grenzen.

Was die Regeln der Nachrichtenselektion betrifft, so sind schriftliche Vorgaben in einigen Ländern schlicht nicht vorhanden, die Entscheidungen werden von den Redaktionsmitgliedern nach deren professionellem Verständnis und in Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen der Redaktion getroffen. Australien, Österreich, die Niederlande und die Schweiz fallen in diese Kategorie. In einigen anderen Ländern existieren schriftliche Regeln, wie bei der Auswahl des Nachrichtenstoffes zu verfahren ist, sie werden aber überlagert von Einzelentscheidungen bzw. von gemeinsam diskutierten Entscheidungen (Litauen, Portugal, Finnland). In Deutschland können wir im Vergleich mit den anderen Ländern wiederum Merkmale beider Gruppen feststellen: In wenigen Medien existieren schriftliche Vorgaben für die Nachrichtenproduktion, die auch angewendet werden. Mehrheitlich scheinen jedoch Entscheidungen durch die journalistische Ausbildung und Sozialisation in den Redaktionen geprägt. Eine wichtige, aber nicht überraschende Unterscheidung zeigte sich bei der empirischen Bearbeitung: Nachrichtenmedien aus dem sog. Qualitätssegment wenden eher journalistisch abgeleitete Selektionskriterien an, während sich Nachrichtenmedien aus dem Boulevard-Segment bei der Nachrichtenauswahl stark an Reichweiten, Quoten oder anderen Verfahren zur Ermittlung der (vermuteten) Massenpräferenz orientieren. In Großbritannien und der Schweiz zeigen sich diese Unterschiede deutlicher als in Deutschland.

Zusammengefasst ergeben die beiden Indikatoren F4 und F7 ein gemischtes Bild. Interne demokratische Praxis ist keineswegs üblich bei den führenden Nachrichtenmedien der untersuchten Länder, sondern eher die Ausnahme. Auch eine strukturierte Debatte über die Nachrichtenselektion, die in verbindlichen, aber veränderbaren Regeln mündet, ist in den zehn Ländern eher nicht üblich. Hier besteht aus demokratisch-de-



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

liberativer Perspektive Optimierungsspielraum – dies gilt auch für Deutschland, das im Vergleich mit den anderen Ländern durchschnittlich abschneidet.

### *4.2 Ausmaße der Medienkonzentration*

Medienkonzentration weist mindestens zwei demokratierelevante Dimensionen auf: Nimmt erstens die Anzahl der publizistisch unabhängigen Unternehmenseinheiten ab, so ist damit eine potenzielle Gefährdung der Meinungsvielfalt verbunden. Scheidet etwa eine Tageszeitung aus einem regionalen Markt aus, so steht den Bürgerinnen und Bürgern eine spezifische Form der Aufbereitung publizistischer Inhalte nicht mehr zur Verfügung – die Vielfalt an Inhalten, Formen, Sicht- und Darstellungsweisen nimmt ab. Dieser Prozess des Verlustes von sog. publizistischen Einheiten ist über die Jahrzehnte hinweg gut dokumentiert (vgl. für D: Röper 2010; für CH: Bonfadelli/Meier/Trappel 2006; für Europa: Sanchez-Tabernero 1993; generell: Meier/Trappel 2006).

Zweitens kann Medienkonzentration unter dem Gesichtspunkt der Eigentümerschaft betrachtet werden, die potenziell aber nicht zwangsläufig zu Vielfaltsverlust führen kann. Die Freiheit der öffentlichen Kommunikation und die Freiheit der Meinungsbildung, so der Tenor in der deutschen verfassungsrechtlichen Diskussion, kann neben dem Staat auch durch Unternehmen gefährdet werden. Und zwar immer dann, wenn sie „eine hervorgehobene Rolle im Kommunikationsprozess erlangen, durch die sie entweder eigene Inhalte besonders bevorzugen oder bestimmenden Einfluss darauf haben, ob ein von Dritten erstellter Inhalt zu den Nutzern gelangt" (Schulz/Dreyer/Hagemeier 2011: 8). Folglich gehen auch wir davon aus, dass eine diversifizierte Eigentümerstruktur grundsätzlich für den Meinungswettbewerb förderlich ist. Eine solche potenziell Vielfalt gefährdende Form der Medienkonzentration findet statt, wenn zwar die Anzahl der publizistischen Einheiten gleich bleibt, die Anzahl der Eigentümer aber abnimmt. In diesem Fall steigt die Meinungsmacht der betreffenden Eigentümer, die nun über mehr Möglichkeiten verfügen, ihre Interessen in unterschiedlichen Medien zu vertreten. Zur Illustration können hier die globalen Medienunternehmen genannt werden, etwa das *News Corp.*-Imperium von Rupert Murdoch, aber auch Weltkonzerne wie *Bertelsmann*. Für die Regulierung der Medienkonzentration in Deutschland ist als Prämisse zentral, dass die „Begrenzung von Meinungsmacht Meinungsvielfalt garantiere" (Lauf 2009: 114). Meinungsmacht wird daher über den Zuschaueranteil und die marktbeherrschende Stellung eines Medienunternehmens definiert (vgl. KEK 2010). Auf nationaler und regionaler Ebene sind solche Formen der Eigentümerkonzentration häufig zu beobachten. Aufgrund wettbewerblicher Dynamiken erscheint beispielsweise in vielen Regionen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz nur mehr eine einzige Tageszeitung, was die Verleger bzw. die betreffenden Redaktionen mit erheblichen Machtspielräumen ausstattet. Gillian Doyle gibt zu bedenken, dass eine hohe Eigentümerkonzentration Machtmissbrauch sowie die Unterdrückung von Meinungsvielfalt ermöglicht (vgl. Doyle 2002: 6). Robert McChesney spricht in diesem Zusammenhang (und mit Blick auf die US-amerikanische Medienlandschaft) von einer „*poison pill*" für die Demokratie (2008: 427) und C. Edwin Baker besteht auf dem Argument, dass hohe Medienkonzentration zutiefst undemokratisch ist, weil das fundamentale Prinzip des „*one man, one vote*" durch die Meinungsmacht hoch konzentrierter Medienkonzerne verletzt – wenn nicht ausgehebelt – werde (vgl. Baker 2007: 16).

Für die Forschungsfragen des *Media for Democracy Monitors* bildet daher die Untersuchung des Zustandes der Nachrichtenmedien unter Konzentrationsgesichtspunkten eine wichtige Dimension. Je niedriger die Medienkonzentration auf nationaler und regionaler Ebene ist, desto größer wird potenziell die Vielfalt der zum Ausdruck ge-



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

brachten Meinungen und desto größer ist der Beitrag der Medien zur Erhaltung und zum Ausbau von Demokratie. Diese beiden MDM-Dimensionen (E1 und E2) werden allerdings nicht undifferenziert zur Anwendung gebracht. Vielmehr war in der empirischen Erhebung in den zehn Ländern neben dem quantitativen Ausmaß der Medienkonzentration darauf zu achten, in welcher Form Transparenz über die Eigentümerschaft konzentrierter Medienunternehmen herrscht und ob gegebenenfalls Medienmonopole öffentlich oder privat dominiert sind. Zusätzlich war zu ermitteln, ob dominierende Medienunternehmen auch über Mediengenregrenzen hinweg tätig sind.

Die Ergebnisse zeigen, dass auf nationaler Ebene der erreichte Grad an Medien- und Eigentümerkonzentration in fast allen Ländern als hoch eingestuft wird. Lediglich in den beiden großen Ländern Deutschland und Großbritannien herrscht auf nationaler Ebene (noch?) Wettbewerb zwischen großen Medienunternehmen. In den kleineren Ländern (und auch in Australien) beherrschen wenige Medienkonzerne, teilweise auch genreübergreifend, den nationalen Medienmarkt. In den Niederlanden teilen drei Zeitungskonzerne den Markt untereinander auf, in Österreich dominiert ein Titel den nationalen Tageszeitungsmarkt nach Belieben (*Kronen Zeitung*) und im kleinen Staat Litauen findet kaum noch Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Medienunternehmen auf der nationalen Ebene statt. Dennoch ist auf nationaler Ebene nicht von einer generellen Demokratiegefährdung durch die Eigentümerkonzentration zu sprechen. Die führenden Zeitungen befinden sich nicht in derselben Hand wie die führenden Fernsehveranstalter, und als Gegengewicht zu den privaten Nachrichtenmedien liefern die öffentlichen Rundfunkveranstalter zumindest eine zweite Sicht und tragen so zur Meinungsvielfalt entscheidend bei. Die deutsche Situation ist aus der komparatistischen Sicht des MDM insofern besonders, als dass auf nationaler Ebene sowohl zwei große private als auch zwei starke öffentlich-rechtliche Sendergruppen im Rundfunkbereich und mehrere große überregionale Tageszeitungen für mehr Wettbewerb als in den anderen untersuchten Demokratien sorgen. Allerdings ist das Konzentrationsniveau unter demokratietheoretischer Perspektive auch in Deutschland als hoch zu kennzeichnen.

Anders stellt sich die Lage der Medien- und Eigentümerkonzentration auf der regionalen und lokalen Ebene dar. Hier sind zwei Ländergruppen zu unterscheiden, die auf unterschiedliche Medienkulturen zurückzuführen sind. Auf der einen Seite lassen sich jene Länder gruppieren, die über keine ausgeprägte Regionalmedienkultur verfügen (z. B. Portugal, Finnland). In diesen Ländern ist regionale Medienkonzentration von geringer Bedeutung. Die nationalen Medien übernehmen die Regionalberichterstattung mit. Auf der anderen Seite stehen die Länder mit einer ausgeprägten Regional- oder Lokalmedienkultur. Dort spielt die Frage nach der Eigentümerkonzentration eine große Rolle. Und hier zeigt sich ein durchgehendes Muster, die Befunde aus Australien über Großbritannien bis zur Schweiz sind ähnlich: Die Eigentümerkonzentration ist hoch, die Meinungsmacht der häufig in Monopolposition befindlichen Redaktionen (und Eigentümer) erheblich. Auf der regionalen Ebene stehen in mehreren Ländern (z. B. Schweiz, Großbritannien) auch keine Angebote der öffentlichen Veranstalter zur Verfügung, was die Meinungsmacht der Monopolmedien weiter akzentuiert. Deutschland ist in diesem Zusammenhang ein typisches Beispiel für die zweite Gruppe. Zwar gibt es im regionalen Rundfunkbereich öffentlich-rechtliche Anbieter, die für etwas Wettbewerb sorgen. Wenn man aber plausibler Weise annimmt, dass für viele Menschen die lokale Tageszeitung den zentralen Zugang zu politischen Informationen darstellt, dann ist die Angebots- und damit Meinungsvielfalt in diesem Marktsegment von entscheidender Bedeutung. Gerade dort können aber starke und weiter zunehmende Monopol-



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

strukturen festgestellt werden. Insgesamt wäre für Deutschland wie für alle untersuchten Länder mehr Wettbewerb auf lokaler Ebene wünschenswert.

Generell ist für die Dimension der Medienkonzentration festzuhalten, dass die von Doyle problematisierte Meinungsmacht von hoch konzentrierten Medienkonzernen in den untersuchten Ländern in erster Linie auf regionaler Ebene anzutreffen ist. Dort hat die Abnahme von publizistischen Einheiten zu einem Verlust von Meinungsvielfalt geführt. Auf nationaler Ebene sorgen die Sichtweisen von mehreren privat-wirtschaftlich verfassten Medienunternehmen und der öffentlichen Rundfunkveranstalter für Meinungsvielfalt. Mit Bezug auf die Frage der Demokratie-Performanz ist also festzuhalten, dass die Meinungsvielfalt auf regionaler Ebene weniger stark ausgeprägt ist als auf der nationalen Ebene. Medienpolitische Aufmerksamkeit ist so vor allem auf regionaler Ebene angezeigt – die komparatistische Perspektive des MDM macht mit Bezug auf diese Indikatoren deutlich, dass es in keinem der untersuchten Länder weder absolut noch im relativen Vergleich *sehr gut* um den Meinungswettbewerb unter dem Kriterium ökonomischer Konzentration bestellt ist.

### *4.3 Professionelles Selbstverständnis der Journalisten*

Demokratietheoretisch lässt sich vermuten, dass Medien ihre Kontrollfunktion immer dann besonders gut wahrnehmen können, wenn Journalisten sich als „watchdogs" oder Kontrolleure der politisch und ökonomisch Mächtigen verstehen, ihnen die Ressourcen für investigative und kritische Recherche zur Verfügung stehen und sich eine Professionskultur etabliert hat, die einerseits eine unabhängige und kritische Haltung von Journalisten fördert, sie andererseits aber zur Einhaltung von Normen und berufsethischem Verhalten anhält und etwaige Verstöße öffentlich debattiert. Das professionelle Selbstverständnis von Journalisten ist im Untersuchungsdesign des MDM durch zwei Indikatoren der Dimension *Kontrolle* (C4 – Professionalität; C7 – Journalistisches Leitbild: Watchdog) abgebildet. Beide Indikatoren setzen beim Selbstverständnis der Journalistinnen und Journalisten an und nicht bei der empirischen Prüfung, ob „investigativer Kontrolljournalismus" auch in der Berichterstattung selbst sichtbar wird. Diese Dimension könnte ergänzend inhaltsanalytisch erhoben werden, war aber nicht engeres Ziel des MDM – zumal u. a. mit dem Indikator C8 die Bedingungen für die Ausübung untersucht werden.

Der Indikator C4 „Professionalität" bezieht sich auf journalistische Normen sowie allgemein das Arbeitsethos der Journalisten als Profession (vgl. Hardy 2008: 100f). In einem solchen Verständnis ist Professionalität als ein zentrales Element der Medienselbstkontrolle zu konzeptualisieren (vgl. Christians et al. 2009: 133). Deshalb misst der Indikator, wie weit entwickelt ein solches journalistisches Professionsethos in den jeweiligen Mediensystemen ist. Dazu wird erhoben, ob innerhalb der Medien selbst sowie der Gesellschaft regelmäßig über Medienregulierung und Medienethik debattiert wird. Findet bei medialen Normverletzungen eine öffentliche Diskussion über Fehlentwicklungen statt? Gibt es Richtlinien und Kodizes, die journalistische Normen benennen? Und schließlich: Können Journalisten hinsichtlich der Normen des Berufsstandes an regelmäßigen Fortbildungen, Trainings etc. teilnehmen? Dabei wird davon ausgegangen, dass die Einhaltung dieser Normen und damit ein hohes Maß an Professionalität nur in einem Medienumfeld existieren können, in dem die Arbeitsbelastung von den Journalistinnen und Journalisten nicht als zu hoch empfunden wird. Ein hohes Maß an Professionalität, so die zugrunde liegende Annahme, sorgt dann dafür, dass Medien die ihnen zugedachten Funktionen von Information, Kritik und Kontrolle gut erfüllen können. Der Indikator stützt sich auf vorhandene Daten sowie Interviews mit Journalistinnen



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

und Journalisten und vor allem mit den Journalistengewerkschaften. Hier ergibt sich folgendes Bild:

In Litauen variieren journalistische Professionsnormen je nach Medium und sind abhängig von aktuellen Transformationen im ökonomischen wie technischen Bereich. Trotz guter journalistischer Ausbildung kommt es deshalb im Arbeitsalltag zu einer eher geringen Umsetzung solcher Normen. Ähnlich ist die Situation in Portugal, wo sich in einer ebenfalls jungen Demokratie zwar Kodizes hinsichtlich der journalistischen Professionsnormen entwickelt haben, diese aber von den Journalisten bei ihrer Arbeit wenig angewendet werden (können). Die Tendenz, dass ethische Grundsätze vorhanden und bekannt sind, aber nicht immer angewendet werden, findet sich – wenn auch weniger ausgeprägt als in Litauen und Portugal – auch im deutschsprachigen Raum. In Deutschland, Österreich und der Schweiz gibt es einerseits einflussreiche Journalistengewerkschaften und eine starke Vermittlung von medienethischen Grundsätzen in der oftmals hochschulgebundenen Journalisten-Ausbildung. Die Bereitschaft der Journalistinnen und Journalisten, ihre Arbeit auch regelmäßig hinsichtlich eventueller Normverstöße zu reflektieren und öffentlich zu debattieren, ist indes eher gering ausgeprägt. Zudem unterminieren Veränderungen im ökonomischen Umfeld ethisches Verhalten: Während in den Redaktionen Personal abgebaut wird und somit die Arbeitsbelastung des einzelnen Journalisten steigt, sind immer mehr freie Journalisten aufgrund ausbleibender Aufträge darauf angewiesen, PR anzubieten. Damit begeben sie sich einerseits in ökonomische Abhängigkeiten von Firmen und Politikern, andererseits verschwimmen so mitunter die Grenzen von PR und Journalismus. Auch in den Mediensystemen Australiens und Großbritanniens gibt es Licht und Schatten. Während sich in Großbritannien der öffentlich-rechtliche Rundfunk (BBC) hohen ethischen Grundsätzen verpflichtet fühlt und i. d. R. auch in der Lage ist, diese umzusetzen, so zeigen gerade die Entwicklungen der letzten Monate bei den britischen Boulevardzeitungen, wie massiv Journalisten Professionsnormen aber auch Gesetze verletzt haben. In Australien, der Heimat des Medienunternehmers Rupert Murdoch, dessen Boulevardblatt *News of the World* in Großbritannien die bekannten Verstöße begangen hat, ist die hochschulgebundene Ausbildung von Journalisten und die damit verbundene intensive ethische Schulung Standard. Umstritten ist allerdings ebenfalls die Einhaltung dieser Standards bei den Boulevardzeitungen. Am positivsten wird die Situation in den nordischen Ländern sowie den Niederlanden eingeschätzt. In Finnland und Schweden gibt es eine lange Tradition journalistischer Autonomie und Selbstkontrolle, die u. a. von starken Gewerkschaften getragen wird. Zudem sind die Rahmenbedingungen für die Einhaltung zentraler ethischer Standards gegeben. Die Reflektion und Diskussion dieser Standards und der dahinter liegenden Normen ist in den Niederlanden fester Bestandteil der alltäglichen Arbeit, so dass auch hier von einer stark ausgeprägten Professionskultur in einem günstigen medienökonomischen Umfeld sowie einer an den Hochschulen verankerten Ausbildung ausgegangen werden kann. Deutschland bewegt sich hier im Vergleich bestenfalls im Mittelfeld: Es zeigt sich, dass zwar ein hohes Maß an journalistischer Professionalität in der Ausbildung vermittelt wird, diese aber in einem ersten Schritt – wie in anderen Ländern – durch in den Redaktionen etablierte „codes of conduct" stärker verankert und gelebt werden müsste. Sind solche Kodizes erst einmal etabliert und können sich Journalisten darauf berufen, können Debatten über die ökonomischen und zeitlichen Rahmenbedingungen der Nachrichtenproduktion auf dieser Grundlage folgen.

Wie wir bereits oben angedeutet haben, ist das journalistische Berufsethos eng mit der Funktion verknüpft, die Medien in einer Demokratie erfüllen. Der Indikator C7 „Journalistisches Leitbild: Watchdog" untersucht daher, inwieweit sich Medien einem



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Selbstbild als „Wachhunde“ oder Kontrolleure im Auftrag der Gesellschaft verstehen, und inwiefern sie einem solchen Selbstbild folgen. Verstehen sich Journalisten als Treuhänder der öffentlichen Interessen? Die Idee, dass Medien Machtmissbrauch und Korruption aufdecken und kritisieren, ist seit jeher ein wichtiger Bestandteil des journalistischen Selbstbildes wie auch der Öffentlichkeitstheorie (Christians et al. 2009: 119; McQuail 1992: 120). Der Indikator fragt daher danach, inwiefern ein solches Leitbild in den Medienorganisationen vorherrscht und auch in der täglichen Arbeit gelebt wird: Existiert ein (schriftliches) Leitbild, das die Journalistinnen und Journalisten explizit auf Investigation, Kritik und Kontrolle verpflichtet? Oder herrscht ein solches Berufsverständnis eher implizit vor?

In den untersuchten Mediensystemen gibt es Unterschiede zum einen hinsichtlich der Verankerung eines solchen primär auf Kritik und Kontrolle abzielenden Berufsverständnisses in festen redaktionellen Leitbildern. Zum anderen zeigt sich eine – unabhängig von der Kodifizierung – unterschiedlich stark ausgeübte Kontrollfunktion der Medien in den jeweiligen Ländern. In Litauen und Portugal gibt es kaum redaktionelle Leitbilder, die die Arbeit der Journalisten als Wachhunde der Gesellschaft oder Kontrolleure von Politik und Wirtschaft beschreiben. In den Niederlanden, Schweden und der Schweiz wiederum zeigt sich ein umgekehrtes Bild. Zwar gibt es weitverbreitet entsprechende Leitbilder, dennoch fühlen sich nicht alle Medienorganisationen und Journalisten diesen gleich verpflichtet bzw. können diese nicht in gleichem Maße umsetzen. Die alltägliche Arbeit ist nicht notwendigerweise von den Leitbildern geprägt, lautet hier die Beobachtung. Eine starke Verpflichtung auf ihre Rolle als „watchdog“ findet sich bei Journalistinnen und Journalisten in Australien und Großbritannien, bei Letzteren allerdings wiederum mit der Einschränkung, dass dies nur für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und ausgewählte Qualitätszeitungen wie den *Guardian* gilt. Ähnliche Befunde zeigen sich in Österreich, wo auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ORF) diese Rolle in besonderem Maß wahrnimmt, sowie in Finnland, wo es eine hohe Identifikation mit dem journalistischen Selbstbild als Kontrolleur gibt und dieses sowohl in redaktionellen Leitbildern festgelegt als auch im Arbeitsalltag ausgeübt wird. Deutschland ist im Vergleich der ersten Gruppe von Ländern zuzurechnen, in denen mehrheitlich keine redaktionellen „watchdog“-Leitbilder existieren. Während jedoch in Litauen und Portugal diese Aufgaben von den Medien nur unzureichend erfüllt werden, fühlen sich deutsche Journalistinnen und Journalisten trotz fehlender redaktioneller Leitbilder der investigativen Recherche und dem kritischen Blick verpflichtet.

Insgesamt ist für die Dimension des professionellen Selbstverständnisses von Journalisten zu konstatieren, dass nur in wenigen Ländern ideale Bedingungen für die Entfaltung und Verwirklichung eines auf Kritik und Kontrolle basierenden Typs von Journalismus vorherrschen. Dabei stellt sich die Situation in Deutschland eher durchschnittlich dar, auch wenn sich viele Journalisten aufgrund ihrer Ausbildung der investigativen Recherche verpflichtet fühlen und oftmals auch so arbeiten – nur wenige Redaktionen haben indes entsprechende Leitbilder fixiert.

## 5. Fazit

Der *Media for Democracy Monitor* liefert empirisch gestützt Evidenzen über die Demokratienützlichkeit führender Nachrichtenmedien in zehn Ländern. Diese Länder zählen alle zu den etablierten Demokratien, in denen davon auszugehen ist, dass der Staat nicht fundamental in die Medienfreiheit eingreift. Was also machen die führenden Medienunternehmen aus dieser Freiheit? Das vergleichende Vorgehen ergibt für die Situation in Deutschland im Vergleich zu den anderen untersuchten Ländern folgendes Fazit:



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

- Die ökonomische Konzentration ist in Deutschland wie in allen untersuchten Ländern hoch – und droht noch zuzunehmen.
- Die nordischen Länder und die Niederlande zeigen ein funktional hochgradig autonomes und politisch unabhängiges Mediensystem, mit einer breit verankerten und reflektierenden Professionskultur. Eine Stärkung dieses Merkmals im deutschen Journalismus kann erreicht werden, wenn die Debatten um ethische Leitlinien von den Gewerkschaften stärker in die Redaktionen getragen werden und die Medienunternehmen selbst erkennen, wie essenziell demokratisch operierende Medien für eine vitale Demokratie sind. Zudem muss die professionelle Reflexion auch wieder stärker in den Medien selbst geführt werden – Tageszeitungen, Fernseh- und Radiosender sollten sich hier die Entwicklungen im Bereich der Onlinemedien (Stichwort: watchblogs) als Vorbild nehmen und regelmäßig kritisch über Normverstöße innerhalb des Journalismus berichten.
- In den angelsächsischen Ländern werden die normativen Ideale von hoher Professionskultur und einem Selbstverständnis als Kontrolleure in den öffentlich-rechtlichen oder Qualitätsmedien erfüllt. Jedoch existieren in diesen Mediensystemen auch starke Boulevardmedien, deren Beitrag zum Ausbau und Erhalt der Demokratie auch als partiell dysfunktional beschrieben werden kann. Die beiden Studien des MDM erbringen für Deutschland ein etwas anders gelagertes Bild: Wir können hierbei kaum zwischen den Mediengattungen unterscheiden – sowohl Boulevard- als auch Qualitätsmedien fühlen sich einer unabhängigen und kritischen Berichterstattung verpflichtet. Allerdings fehlen oftmals explizite Leitbilder in den Redaktionen, und die Möglichkeiten gerade im lokalen Bereich zur investigativen Recherche sind eingeschränkt. In den deutschsprachigen Ländern finden wir also investigativ und professionell operierende Medienunternehmen, deren demokratische Organisation und öffentlicher Auftrag oftmals aber unter den Arbeitsbelastungen der Journalisten leiden und auch nur in seltenen Fällen Ergebnis eines Reflexionsprozesses mit formuliertem Leitbild sind.

In einer Schlussbewertung der Ergebnisse fällt auf, dass jene Länder besser abzuschneiden scheinen, die eine aktive und experimentierfreudige Medienpolitiktradition aufweisen, was auch die Branchenorganisationen mit einschließt. Die Niederlande und Schweden, aber auch Großbritannien weisen positive Werte im MDM auf. Diese Länder zeichnen sich gleichzeitig durch eine ausdifferenzierte Branchen- und Medienpolitikkultur aus. Vielleicht liegt hier ein Schlüssel für die Erklärung der Unterschiede, ließe sich mit Bezug auf Forschungsfrage 2 vermuten.

Wie alle empirischen Studien, so unterliegt auch der *MDM Media for Democracy Monitor* methodischen Beschränkungen. Das gilt zunächst für die Auswahl der einbezogenen Medien. Dem Anspruch nach gibt der Monitor Auskunft über die demokratische Performanz nationaler Mediensysteme. Tatsächlich erstreckt sich die Erhebung in den einzelnen Ländern aber auf eine begrenzte Auswahl führender Nachrichtenmedien. Anders als in anderen Stichproben basierten Studien ist damit nicht der Anspruch erhoben, ein verkleinertes, aber repräsentatives Abbild der gedachten Ganzheit untersucht zu haben, um daraus gültige Schlüsse über alle anderen Elemente ziehen zu können. Dazu hätte schon das Auswahlverfahren zufällig angelegt sein müssen, während wir tatsächlich bewusst ausgewählt haben. Die von uns verfolgte Forschungsstrategie beruht vielmehr auf der Annahme, dass die Qualität eines nationalen Mediensystems schon dann eine andere ist, wenn es zumindest zwei publizistische Einheiten in jeder Mediengattung aufweisen kann, die einem gehobenen Anspruch an demokratische Performanz genügen – was immer die Vielzahl der anderen Anbieter darüber hinaus im Einzelnen zu bieten



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

haben. Wir schauen also bewusst auf die Spitze des Eisbergs (und ignorieren die sieben Achtel unter der Wasseroberfläche) und schließen von hier aus auf die Bedingungen der Möglichkeit einer qualitativ hochwertigen publizistischen Informationsversorgung, wohl wissend, dass nicht alle Bürger diese Möglichkeit immer wahrnehmen werden. Aber schon die Option auf Qualität macht einen Unterschied.

Eine zweite Beschränkung bezieht sich auf die Gültigkeit der Messung unserer zentralen Konstrukte Information, Mediation und Kritik. Beim jetzigen Stand der analytischen Durchdringung der komplexen Wechselbeziehungen von Medien und Demokratie müssen alle verwendeten Messtheorien notwendig vorläufig bleiben und stehen mithin immer selbst zur Debatte. Das gilt auch für die von uns entwickelten Instrumente, mit denen wir einerseits beanspruchen, theoretisch und empirisch über den bisherigen Forschungsstand hinauszugreifen, andererseits aber nicht behaupten wollen, die theoretischen Dimensionen in irgendeiner absoluten oder essenziellen Weise vermessen zu können. Insoweit ist das Vorhaben ganz bewusst als komparative Übung angelegt, die mediale Performanz wenn schon nicht absolut, so doch relativ zu erfassen vermag. Das gilt für jeden einzelnen der von uns vermessenen Indikatoren. Ein gutes Abschneiden bei einem Indikator bedeutet demnach nicht, dass ein Mediensystem in dieser Dimension eine perfekte, nicht mehr steigerbare Performanz liefert, sondern indiziert lediglich sein Leistungsvermögen im Vergleich zu allen anderen Vergleichsfällen. Für jeden einzelnen Fall bilden also alle anderen einen Möglichkeitshorizont, vor dem dessen Leistungsfähigkeit beurteilt wird. Das bedeutet auch, dass sich Einzelergebnisse und Positionen verändern können, wenn die Auswahl der einbezogenen Länder sich verändert – und dadurch möglicherweise die Messlatte für alle höher gelegt wird. In diesem Vorgehen wird die zentrale Intention des Monitors deutlich, nämlich auf (im Verhältnis zum anderswo erreichten Leistungsstand) *relative* Schwächen nationaler Medien aufmerksam zu machen und ein wechselseitiges Lernen voneinander zu ermöglichen.

## Literatur


Abromeit, Heidrun (2004): Die Messbarkeit von Demokratie. Zur Relevanz des Kontexts. Politische Vierteljahresschrift, 45, Nr. 1, S. 73-93.

Becker, Lee B.; Vlad, Tudor (2011): Evaluating Media Freedom. In: Josef Trappel, Werner A. Meier (Eds.), On Media Monitoring. The Media and their Contribution to Democracy. New York, S. 3-24.

Becker, Lee B.; Vlad, Tudor; Nusser, Nancy (2007): An Evaluation of Press Freedom Indicators. In: International Communication Gazette, 69, S. 5-28.

Baker, C. Edwin (2007): Media Concentration and Democracy: Why Ownership Matters. New York.

Bonfadelli, Heinz; Meier, Werner A.; Trappel, Josef (Hrsg.) (2006): Medienkonzentration Schweiz. Formen, Folgen, Regulierung. Bern, Stuttgart, Wien.

Bühlmann, Marc; Merkel, Wolfgang; Müller, Lisa; Giebler, Heiko; Wessels, Bernhard (2012, im Erscheinen): Demokratiebarometer. Ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität. In: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft.

Christians, Clifford G.; Glasser, Theodore; McQuail, Denis; Nordenstreng, Kaarle; White, Robert A. (Eds.) (2009): Normative Theories of the Media. Journalism in Democratic Societies. Urbana, Chicago.

Curran, James; Iyengar, Shanto; Lund, Anker B.; Salovaara-Moring, Inka (2009): Media System, Public Knowledge and Democracy: A Comparative Study. In: European Journal of Communication, 24, S. 5-26.

D'Haenens, Leen; Marcinkowski, Frank; Donk, André; Maniglio, Tanja; Trappel, Josef; Fidalgo, Joaquim; Balcytiene, Aukse; Napryte, Egle (2009): The MDM Media for Democracy Monitor




https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Applied to Five Countries: A Selection of Indicators and their Measurement. In: European Journal of Communication, 34, S. 203-220.
Dahl, Robert A. (1972): Polyarchy: Participation and Opposition. New Haven.
Doyle, Gillian (2002): Media Ownership. The Economics and Politics of Convergence and Concentration in the UK and European Media. London, Thousand Oaks, New Delhi.
Gunther, Richard; Mugham, Anthony (Eds.) (2000): Democracy and the Media: A Comparative Perspective. New York.
Hallin, Daniel C.; Mancini, Paolo (2004): Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics. Cambridge.
Hanitzsch, Thomas; Seethaler, Josef (2009): Journalismuswelten: Ein Vergleich von Journalismuskulturen in 17 Ländern. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 57(4), S. 464-483.
Hardy, Jonathan (2008): Western Media Systems. London.
Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich – KEK (2010): Auf dem Weg zu einer medienübergreifenden Vielfaltssicherung. www.kek-online.de/Inhalte/mkbericht_4_gesamt.html [22.08.2012].
Lauf, Edmund (2009): Medienrelevante Märkte und die Messung von Meinungsmacht. In: Christina Holtz-Bacha, Gunter Reus, Lee B. Becker (Hrsg.), Wissenschaft mit Wirkung. Wiesbaden, S. 113-126.
McChesney, Robert W. (2008): Rich Media, Poor Democracy: Communication Politics in Dubious Times. In: Robert W. McChesney (Ed.), The Political Economy of Media. Enduring Issues, Emerging Dilemmas. New York, S. 425-443.
McQuail, Denis (1992): Media Performance: Mass Communication and the Public Interest. London.
Maier, Jürgen (2009): Was die Bürger über Politik (nicht) wissen – und was die Massenmedien damit zu tun haben – ein Forschungsüberblick. In: Frank Marcinkowski, Barbara Pfetsch (Hrsg.), Politik in der Mediendemokratie. Wiesbaden, S. 393-414.
Meier, Werner A.; Trappel, Josef (2006): Medienkonzentration. In: Dieter Klumpp et al. (Hrsg.), Medien, Ordnung und Innovation. Berlin, Heidelberg, New York, S. 227-247.
Ostini, Jennifer; Fung, Anthony Y. H. (2002): Beyond the Four Theories of the Press: A New Model of National Media Systems. In: Mass Communication & Society, 5, S. 41-56.
Patzelt, Werner (2001): Einführung in die Politikwissenschaft. Passau.
Röper, Horst (2010): Zeitungen 2010: Rangverschiebungen unter den größten Verlagen. In: Media Perspektiven, Heft 5, S. 218-234.
Sanchez-Tabernero, Alfonso (1993): Media Concentration in Europe. Commercial Enterprise and the Public Interest. Düsseldorf.
Schulz, Wolfgang; Dreyer, Stephan; Hagemeier, Stefanie (2011): Machtverschiebung in der öffentlichen Kommunikation. Bonn.
Siebert, Frederic; Peterson, Theodore; Schramm, Wilbur (1956): Four Theories of the Press: The Authoritarian, Libertarian, Social Responsibility, and Soviet Communist Concepts of What the Press Should Be and Do. Urbana.
Strömbäck, Jesper (2005): In Search of a Standard: Four Models of Democracy and their Normative Implications for Journalism. In: Journalism Studies, 6, S. 331-345.
Tenscher, Jens (2008): Massenmedien und politische Kommunikation in den Ländern der europäischen Union. In: Oscar W. Gabriel, Sabine Kropp (Hrsg.), Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalte. Wiesbaden, S. 412-447.
Thomaß, Barbara (2007): Mediensysteme im internationalen Vergleich. Konstanz.
Trappel, Josef; Meier, Werner A. (Hrsg.) (2011): On Media Monitoring. The Media and Their Contribution to Democracy. New York.
Trappel, Josef; Nieminen, Hannu; Nord, Lars (Hrsg.) (2011): The MDM Media for Democracy Monitor. A Cross National Study of Leading News Media. Göteborg.
Voltmer, Katrin (1999): Medienqualität und Demokratie: Eine empirische Analyse publizistischer Informations- und Orientierungsleistungen in der Wahlkampfkommunikation. Baden-Baden.
Voltmer, Katrin (2000): Structure of Diversity of Press and Broadcasting Systems: The Institutional Context of Public Communications in Western Democracies. WZB Discussion Paper FS III 00_201. Berlin.



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

## Anhang

Die Untersuchung in Deutschland wurde von einem Team an der Universität Münster durchgeführt. Als „führende Nachrichtenmedien" wurden – getrennt nach Mediengattungen – folgende Untersuchungsobjekte herangezogen (aktuelle Untersuchung 2010; in Klammern Untersuchung 2008):

- Kategorie Zeitungen, Qualitätssegment: Frankfurter Allgemeine Zeitung (Süddeutsche Zeitung);
- Kategorie Zeitung, Boulevard-/Regionalsegment: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (Bild);
- Kategorie öffentlich-rechtliches Radio: Westdeutscher Rundfunk (Deutschlandfunk);
- Kategorie öffentlich-rechtliches Fernsehen: ZDF heute (ARD);
- Kategorie private Fernsehnachrichten: N24 (RTL);
- Kategorie Nachrichtenwebsites: N24.de (Spiegel Online).

Leitfadeninterviews wurden mit Vertreterinnen und Vertretern der Redaktionen aller Untersuchungsobjekte sowie der beiden Gewerkschaften DJU/Verdi sowie DJV/NRW geführt.

Der Interviewleitfaden enthielt folgende Themenkomplexe:

- Innere Redaktionsorganisation (Betriebsverfassung? Leitbild? „Mission Statement"? investigativer Journalismus Teil des Leitbildes? Zeit für Recherchejournalismus? Ressourcen für Auslandskorrespondenz? Besetzungsverfahren Chefredaktion? Mitentscheidung der Redaktionsmitglieder? Vertretung der Redaktion in der Geschäftsleitung? Verhältnis feste und freie Journalistinnen und Journalisten? Organisatorische Trennung Redaktion und Werbung? Rolle von Sponsoren? Journalistischer Zugang zu öffentlichen Informationen?).
- Qualitätssicherung (Manöverkritik? Interne Diskussion von Nachrichtenwerten? Interne Diskussion ethische Normen? Formen der Selbstreflexion? Verfahren der Qualitätssicherung? Rechercheregeln? Konsequenzen bei Verstößen? Regeln für die Auswahl von Expertinnen und Experten? Regeln für die Verhinderung von Persönlichkeitsschutzverletzungen? Interne Bedeutung des Ehrenkodex?).
- Journalistischer Arbeitsalltag (Regeln für die Nachrichtenauswahl? Bedeutung von Nachrichtenagenturen? Zusammenarbeit mit anderen Nachrichtenmedien? Bedeutung von PR-Materialien? Anteil/Verhältnis Eigenrecherche?).
- Interaktivität, Einbezug des Publikums (Form der Publikumsbeteiligung? Filterkriterien für Publikumsbeiträge? Ombudsmann? Postings und Online-Foren? „Tag der offenen Redaktionstür"?).
- Aus- und Weiterbildung (Interne Schulungen neuer Redaktionsmitglieder? Inhaltliche Bereiche der Weiterbildung? Art der Weiterbildung? Finanzierung und Zeiteinsatz für Weiterbildung? Demokratische Rechte und Pflichten Teil von Weiterbildung?).

Alle Interviews wurden transkribiert und die Aussagen den einzelnen Indikatoren zugeordnet.

Nach Abschluss der Datenerhebung und der Interviews wurde für jeden einzelnen Indikator ermittelt, in welchem Ausmaß die Anforderungen erfüllt wurden.



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

*Indikatorenübersicht*

| | Leitfrage | Kriterium optimale Erfüllung | Quellen |
|---|---|---|---|
| F4 | In welchem Umfang ist die Arbeit in der Redaktion demokratisch verfasst? | Demokratische Prozeduren werden in der Redaktion angewendet und respektiert. | Interviews |
| F7 | Welche Regeln gibt es zur Auswahl und Verarbeitung von Nachrichten in der Redaktion? Wie werden diese Regeln umgesetzt? | Formale Regeln zur Nachrichtenselektion und -verarbeitung existieren, sind bekannt und werden befolgt. | Interviews |
| E1 | Wie hoch ist der Grad an Eigentümerkonzentration auf nationaler Ebene? | Niedriger Grad an Konzentration (gemessen mit C3-Maß) sowie mehr als zwei Wettbewerber in allen Mediengattungen. | Medienstrukturdaten |
| E2 | Wie hoch ist der Grad an Eigentümerkonzentration auf regionaler bzw. lokaler Ebene? | Mehr als zwei Wettbewerber in allen Mediengattungen. | Medienstrukturdaten |
| C4 | Wie stark sind Professionalitätsnormen im Journalismus entwickelt und verbreitet? | Alle untersuchten Medien weisen hohe professionelle und ethische Ansprüche auf. | Interviews |
| C7 | Gibt es ein „mission statement“ in der Redaktion? Und bezieht sich dieses auf die Funktion des „watch dog“ bzw. verpflichtet es auf investigativen Journalismus? | Alle untersuchten Medien beziehen sich in ihrem „mission statement“ auf investigativen Journalismus und praktizieren ihn auch. | Interviews |



https://doi.org/10.5771/1615-634x-2012-4-501, am 02.05.2024, 16:48:15
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb